

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich 16 Mal. Bezugspreis monatlich 2 RM. Frei Haus. Bei Bestellungen 1 RM. zuzüglich. Einzelnummern 10 Pf. Alle Anzeigen, Postboten, weitere Anzeigen u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Am Sonntag wird kein Anzeigenblatt gedruckt. Rückmeldung über den Erfolg der Werbung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreise laut anliegender Preisliste Nr. 8. — Riffer-Gedächtnis: 20 Pf. — Vergebliche Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme für die Nachtzeit des Tagesblattes ist nicht möglich. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. — Bei Anzeigen über den Preis hinaus ist jeder Anzeigenspruch auf Kosten des Anwerbers zu zahlen.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meissen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rostock sowie des Forstrentamts Tharandt bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff.

Nr. 59 — 98. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 10. März 1939

Der Endkampf

Die entscheidenden Märztage der Ostmark

Seit dem 12. Februar 1938 rang die nationalsozialistische Führerschaft in der Ostmark im enghen Bereich mit Minister Seyd-Quart und den volkspolitischen Referenten in einem Kampf um die Durchsetzung der in Verdragsgeden vereinbarten Richtlinien. Erst heute läßt sich ganz erkennen, welche diszipliniertere Selbstentäußerung es für die illegalen Kämpfer der Ostmark bedeutete, ihre wahren Impulse auszudrücken und den ebenso langwierigen wie schwierigen Weg der allmählichen Eingliederung in den von der Dollfuß-Regierung durch Verfassungsbuch und nachträgliche Errichtungen autorisierten Staatsaufbau zu gehen. Die unergieblichen Diszipliniertheit, mit der hier den Befehlen der Führung unbedingte Gefolgschaft geleistet wurde, war an sich schon ein Beweis dafür, welche wohlgeleitete und kompakte Majorität die illegalen Organisationen darstellten.

Dieser ehrliche Wille zum „deutschen Frieden“ wurde allerdings von der Systemregierung schlecht gelohnt. Es sollte hier überhaupt die Absicht, Frieden zu schließen. Man glaubte mit dem allübertriebenen Mittel des „Fortwurfs“ — ein Begriff, der seinerzeit von dem österreichisch-ungarischen Staatsminister Laaske zum Grundsatze erhoben worden war — eine Politik des Hinhaltens, der halben Erfüllungen, der leeren Versprechungen und formalen Scheinlösungen führen zu können.

Fünf Jahre lang hatte das System von der immer und immer wiederholten Lüge gelebt, ein tragfähiges Majorität in der Bevölkerung hinter sich zu haben. Ohne auch nur im entferntesten an einen Nachweis dieser Behauptung zu denken, erklärte die Nationalsozialisten für eine bedeutungslose Nebenbestimmung, fühlte sich hinter den Kulissen so sicher und unerschütterlich, daß nun die bloße Tatsache, den Nationalsozialismus als gleichberechtigten Partner eines Friedensschlusses anzuerkennen zu müssen, allein schon das Lungengewebe von der österreichischen Majorität zerteilen mußte.

Es ging dabei aber noch um mehr. In einem christlichen Frieden gedehnt immer zwei weitestens annähernd gleichwertige Partner. Sollte aber der Friede nicht nur in den Hauptlinien des Volkshauses, sondern tatsächlich auch im Volk geschlossen werden, dann war es einfach nicht zu verhindern, daß das weitere offenkundig wurde, daß hier auf vaterländischer Seite überhaupt kein Friedenspartner vorhanden war, der sich an Zahl und willensmäßiger Verschlossenheit mit den Nationalsozialisten messen konnte. Schlußfolgerung war, daß er einfach keine Ventile öffnen durfte, sollte nicht die wahre Meinung der Bevölkerung aller Welt in einer für ihn und seine schändlichen Taten vernichtenden Ueberzeugungs-kräft offenbar werden. Das war die eigentliche Schwierigkeit der Situation: Es sollte auf der Regierungsseite der Friedenspartner; daher sabotierte sie den Frieden, um nicht hinweggeschwemmt zu werden.

Schon hatten sich anlässlich der Rede Schuschnigg im Bundesrat am 24. Februar in zahlreichen Städten Kundgebungen ereignet, die dieses ungleiche Kräfteverhältnis recht deutlich demonstrierten. So hatte z. B. in Linz die vaterländische Front ihre von Tag zu Tag mehr zunehmende Anhängerschaft zu einer „Großkundgebung“ zusammengerufen. Die Führung der Nationalsozialisten hatte aber darauf bestanden, an einem diese Kundgebung begleitenden Festzug teilzunehmen, was ihr im Auge der politischen Entwicklung seit dem Tage von Verdragsgeden nicht am abgeschlagen werden konnte. Hunderttausende vaterländische Antisowjetler und Anhänger marschierten an der Spitze des Zuges, dem dann in weithin sichtbarem Abstand 40 000 Nationalsozialisten folgten, sodalich formiert, in einer von dem vaterländischen Festzug unverkennbar verschiedenen Haltung, umfäumt von einem jubelnden Menschenpavot. Weithin sichtbar lag in Graz und Salzburg, Wien und anderen größeren Städten.

Was sein, daß sich nun erst Schuschnigg zu seinem letzten letzten Gewaltstreik entschloß, der noch einmal das Feuer der Unruhen sollte. Denn wenn sich auch Innenminister Seyd-Quart, der am 1. März zum Staatsrat ernannte Dr. Zury und die volkspolitischen Referenten in den Bundesländern eine Kluge und mögliche Zurückhaltung anerkennen, sich Kritik aus dem Programm von Verdragsgeden hielten, um so von sich aus der Regierung ja keine Handhabe zu bieten, das Abkommen als gebrochen zu erklären, wurde jede kleinste Maßnahme vom Volke mit einem frenetischen Widerhall beehrt.

So kam es in Graz zu Kundgebungen anlässlich der Anwesenheit des Innenministers. Das gleiche ereignete sich in Linz, als am 6. März Seyd-Quart vor 500 Anwesenden der illegalen nationalsozialistischen Parteiorganisation sprach; da mußte der damalige Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Weiskner, an seiner Seite durch ein Spalier von jubelnden Menschen fahren, die mit erhobener Hand ihre nationalsozialistische Einstellung unüberleglich demonstrierten. Weithin sichtbar für Schuschnigg und seine Hintermänner niederschmetternde Folgen hatte auch die Freigabe des Jugendturnens für den deutschösterreichischen Turnbund. Alle diese Klammernzeichen zusammen haben nun zum Tag von Annaberg am 9. März geführt.

Schuschnigg kündete hier, ohne vorher mit den Vertretern der nationalen Opposition verhandelt zu haben, eine auf drei Tage befristete Volksabstimmung an. Die Methoden, mit denen sie ausgeführt werden sollte, eröffneten einem ungeheuren Wahlschwund alle Türen und Tore. Schuschnigg hatte erkannt, daß die Verwirklichung des Deutschen Friedens

Ultimatum an Madrid

Franco fordert bedingungslose Uebergabe — Blockade der roten Mittelmeerküste

Entgegen den Behauptungen des sogenannten Madrider „Verteidigungsrats“ scheinen in der spanischen Hauptstadt die Kommunisten noch regen Widerstand zu leisten. Es wird erneut von überaus heftigen Kämpfen, besonders in Süden der Stadt, berichtet. Allerdings wird der rote Spieß aus Madrid in kürzester Zeit verschwunden sein. Der Führer Nationalspaniens, General Franco, hat dem Madrider „Verteidigungsrat“ ein Ultimatum gestellt und bedingungslose Uebergabe der Stadt gefordert. 300 nationalspanische Flugzeuge haben in Millionen von Flugblättern die Aufforderung zur Kapitulation über Madrid abgeworfen. Erfolgt keine Kapitulation, so wird die nationalspanische Luftwaffe zu dauernden Luftangriffen angesetzt und die nationalspanische Offensive befohlen.

Die nationalspanische Marineleitung hat bekanntgegeben, daß die gesamte spanische Küste, also der 500 Kilometer lange Mittelmeerküsten zwischen Sagunt und Almeria für jede Schifffahrt und Schiffe, gleich welcher Nation, gesperrt worden ist. Kein ausländisches Schiff darf sich ohne entsprechende Bewilligung nationalspanischer Behörden dem genannten Küstengebiet nähern. Die internationale Schifffahrt wird darauf aufmerksam gemacht, daß im Gebiet von Cartagena und Kap Palos nationale U-Boote kreuzen, die jedes ausländische Schiff versenken werden, das die Dreimeilenzone verläßt. Alle ausländischen Schiffe, welche rote Häfen anzulassen beabsichtigen, müssen vorher dazu die Erlaubnis der nationalspanischen Behörden einholen. Sie müssen zunächst einen nationalspanischen Hafen anlaufen, wofür die Häfen von Barcelona, Palma auf Mallorca und Malaga vorgesehen sind.

Die nationalspanische Marineleitung hofft, daß die Blockade die Verbände in der spanischen Flotte von jeder Waffen- und Lebensmittellieferung abtrennen und den spanischen Anführern die Möglichkeit nehmen wird, auf dem Seewege aus dem Lande zu flüchten.

In nationalspanischen politischen Kreisen wird unterrichtet, daß nach der Flucht der roten Flotte Sowjetspanien nunmehr keinerlei Seegeltung mehr habe. Nach ihrer Flucht gebe die einstige rote Flotte, die von Frankreich an General Franco ausgeliefert werden mußte, automatisch in nationalspanischen Besitz über.

Vor der Entscheidung

Inzwischen hat General Franco die letzten Vorbereitungen zum letzten Waffengang gegen Madrid und Valencia getroffen. Von einem Waffenstillstand, wie er aus Paris und London erörtert worden ist, ist keine Rede mehr. Paris und London hatten schon wieder den Versuch gemacht, auf irgendeine Weise den Spaniern Hilfeleistung zu leisten. So hat man von der Entsendung des englischen Kreuzers „Devonshire“ berichtet und von der Bereitstellung französischer Schiffe, um den roten Hauptkräften eine Flucht zu ermöglichen. Francos Antwort war die vollständige Blockade der spanischen Küste.

Ein gewisser Teil der englischen Presse ist über die Blockade in Wut geraten. Wie könne eine Macht, so geisterten die Zeitungen, die nicht England heißt, es wagen, eine Blockade zu verhängen? Auch man die englische Regierung daran erinnern, daß sie General Franco de jure

die bisher unterdrückten Nationalsozialisten mit allem ihnen eigenen Gewicht zur politischen Wirkung bringen mußte. Er wachte auch genau, wie eine reguläre Volksabstimmung ausgegangen wäre. Wied also als einziger Ausweg ein unabweislicher Wahlschwund, mit dem sich nochmals eine schändliche Rechtfertigung erschleichen ließe, in der Staatsführung, ohne und gegen die Nationalsozialisten regierend, zu verbleiben.

Nun war jedes Mittel recht. Schuschnigg mobilisierte daher die noch immer beträchtlichen Massen kommunistisch und marxistisch verheerter Arbeiter, einschließlich des Großstadtmobils und anderen leichtbeweglichen Gefolgsleute. Aber auch aus diesem Ventil schoß sofort die Stichflamme. Die Kommune trat unverzüglich auf den Plan und begann, mit Heiß-Wolfskauen zu demonstrieren und auf die Straße zu gehen. Damit war eine akute Gefahr gegeben. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse gelang es endlich den Ministern Seyd-Quart und Giese-Horsienau, den Verdächtigten Schuschnigg zum Rücktritt zu bewegen. Die Stunde war reif, überreife. Schon drohte der Bürgerkrieg in den Straßen. Auch der Bundespräsident Mikas konnte nun nicht mehr zögern. Seyd-Quart mit der Bundeskanzlerschaft zu betrauen. Damit war faktisch die Macht in die Hände der Nationalsozialisten gelangt.

In der Rot der Stunde aber rief der neue Regierungschef die Hilfe des Reiches. Deutsche Truppen setzten sich auf Befehl des Führers in Bewegung, der Innengrenze zu. Witten unter ihnen kam als einer der ersten der Führer selbst. Es schlug die glückliche Stunde Oesterreichs. Sie will aber nicht weiter zeredet sein, denn sie ruht tief verankert in den Herzen des Volkes.

und de facto anerkannt hat? Aber Franco wird sich um das Londoner Gutgeschick nicht viel kümmern. In Spanien haben die Taisachen das Wort!

Neue heftige Kämpfe in Madrid

Der Madrider „Verteidigungsausschuß“ des Ränderhauptmanns Miaja hat sich früh gebühert, als er den „Zieg“ über die rote Konturrenz der Negrin-Kommunisten ausposaunte.

Nach den letzten Nachrichten aus Madrid sind die Anhänger der Kommune wieder weit ins Stadlinnere vorgezogen und haben alle Ausfallstraßen besetzt. Zur Zeit werde bereits in der Umgebung des Regierungsbereichs und des Hippodroms gekämpft. Miaja hat in seiner Rot rote Abteilungen von der Front gegen Franco weggezogen. Die zu ihm haltenden Flugzeugpfeile bombardieren die von den Kommunisten besetzten Stadtteile.

Die Rot der Bevölkerung der unglücklichen Stadt ist durch den Krieg der roten Hauptlinge aufs höchste geschlagen. Verängstigt hält sie sich in den Wohnungen auf und harret der Truppen Francos, die sie von den roten Untermenschen befreien wird.

Nach den letzten Meldungen scheinen die Straßenkämpfe in Madrid ständig größere Ausmaß anzunehmen. Ueber den wirklichen Umfang können jedoch nur Vermutungen angestellt werden, da sämtliche Verbindungen der Stadt mit der Außenwelt von der Kommune abgeschnitten sind. Es heißt, daß das gesamte erste rote Armeekorps sich gegen Miaja erhoben habe und den Ort Barajas besetzt, den einzigen noch verbliebenen Flughafen Madrids.

Rot-Andalusien unter Sowjetherrschaft

In verschiedenen Provinzen ist es gleichfalls zu Kämpfen zwischen Partisanen des Freimaurergünstlings Miaja und den Kommunisten gekommen. Während die Streitkräfte Miajas in Valencia Herr der Lage sind, erlangten die Kommunisten in den andalusischen Provinzen Jaen und Almeria die Oberhand. Sie meißelten die Besatzung des „Verteidigungsausschusses“ nieder und setzten überall örtliche Sowjets nach dem Muster der Sowjetunion ein.

Gierlang in London

England will Blockade nicht anerkennen

Zu der von Nationalspanien verhängten Sperre über die spanische Mittelmeerküste wird von unrichtigter Seite mitgeteilt, daß bisher eine offizielle Mitteilung der Franco-Regierung im Foreign Office nicht eingetroffen ist. Die Angelegenheit sei aber gegenwärtig Gegenstand der Prüfung der zuständigen Stellen. Eine offizielle Stellungnahme sei vor dem Abschluß dieser Prüfung nicht möglich; es werde aber erwartet, daß die Regierung in Kürze eine Erklärung bekanntgeben werde.

Der grundsätzlichen Seite nach wird darauf hingewiesen, daß die Londoner Regierung zwar die Franco-Regierung formell anerkennt, ihr jedoch die Kriegführendenrechte bisher nicht eingeräumt habe. Hierzu gehöre auch die Blockade.

Bedeutungsvolles Kurztreten Englands

Lord Halifax lobt Franco — Doch merkwürdige Erklärung

Am Verlauf einer Oberhausausdebatte über außenpolitische Fragen, die sich hauptsächlich mit Spanien befaßte, nahm Außenminister Halifax zu der angelegentlichen Blockade Nationalspaniens durch die Regierung Franco Stellung. Er erklärte, die britische Regierung nehme an, daß das Verbot, innerhalb der von der spanischen Regierung bezeichneten Zone Schifffahrt zu treiben, keinerlei Aktionen außerhalb der spanischen Territorialgewässer vorlese. Er wüßte jedoch sicherzustellen, daß, wenn außerhalb der Territorialgewässer zu Aktionen geschritten werden sollte, daß dann die britische Regierung derartigen Aktionen sich in gleicher Weise widersetzen würde wie in der Vergangenheit. Sie würde auch eine Verletzung eines britischen Schiffes innerhalb der Territorialgewässer als sehr ernste Angelegenheit ansehen.

Lord Halifax machte nach seiner Stellungnahme zur Blockade durch Franco im Oberhaus noch etliche grundsätzliche Äußerungen zum spanischen Krieg. Er konnte nicht umhin, festzustellen, daß die Einmischung auf der „republikanischen“ Seite „mindestens ebenso groß“ gewesen sei, wie die Unterstützung Francos. England, so teilte er weiter mit, werde durch das rote Kreuz den spanischen Flüchtlingen in Südfrankreich namhafte Hilfe leisten. Die Regierung vertraue auf Francos Standpunkt der Unantastbarkeit spanischer Gebiete; sollte das Gegenteil eintreffen, werde sich „eine ernste Lage“ ergeben. Der Minister sagte dazu einige schöne Worte über den spanischen Stolz, der gute Garantien biete. Es gehöre sich nicht, der souveränen Regierung Franco Anstößvorwürfe nachzulegen; man habe bezüglich der Repressalien die Stellungnahme des Generals gehört.

Eine Zurückhaltung der spanischen Flotte zur Entlastung der spanischen Küstentruppen lehnte der Außenminister nunmehr strikt ab. Er zweifelte nicht daran, daß jede Einzelaktion, die England ergreifen würde, sich unter Umständen verhängnisvoll für die Verwirklichung des Friedens auswirken könnte. Nebenfalls könne die britische Regierung ohne vorherige Zustimmung der spanischen Regierung nichts unternehmen.